

Positionspapier

Initiator*innen: Dario Bellwald (JUSO OW), Kilian Teubner (JUSO OW9, Arsena Odermatt (JUSO ZG), Jana Kürzi (JUSO ZG), Levin Freudenthaler (JUSO ZG), Mario Huber (JUSO LU)

Titel: **A2-005: Wahlplattform JUSO Schweiz –
Nationalratswahlen 2023**

Antragstext

A: Für eine sozial gerechte Klimapolitik

Die Klimakrise ist die dringlichste Krise unserer Zeit. Die CO₂-Emissionen steigen weiter an, was zu immer häufigeren und stärkeren extremen Wetterphänomenen, wie Überschwemmungen, Dürren, Waldbränden und Hurrikanen, führt. Die Katastrophen, welche wir in den letzten Jahren schon erlebt haben, werden sich in der Zukunft nur noch verstärken. Die Klimakrise bedroht unsere Existenz und die Zukunft der Menschheit auf diesem Planeten.

Der globale Süden wird mit voller Wucht von dieser Krise getroffen. Millionen von Menschen müssen ihren Lebensort verlassen, der von der Klimakrise unbewohnbar gemacht wird. Besonders betroffen sind die Gesellschaftsgruppen, die bereits diskriminiert und unterdrückt sind: Frauen, armutsbetroffene Menschen, rassifizierte Menschen, usw. Deshalb muss die Antwort auf die Krise intersektional sein und die Kämpfe verbinden.

Der globale Norden profitiert von der Ausbeutung des globalen Südens, sei es durch die Nutzung der natürlichen Ressourcen oder der Ausbeutung der Bevölkerung. Dies treibt gleichzeitig die Klimakrise weiter voran. Die Schweiz profitiert reichlich von dieser Ungleichheit; der Schweizer Finanzplatz investiert Milliarden in fossile Energien. Internationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz sind Teil der genannten Ausbeutung und

sacken dabei Milliarden ein.

Dennoch warten wir immer noch auf eine wirksame Politik. Die Antwort der Schweiz auf die Klimakrise beschränkte sich in den letzten Jahren auf blosser Eigenverantwortung und Innovation. Die Ursache der Klimakrise liegt jedoch nicht im Verhalten einzelner Personen, sondern im System. Im Kapitalismus kann es keinen konsequenten Klimaschutz geben, denn der Profit wird immer an höchster Stelle stehen.

Es braucht daher dringend eine andere Klimapolitik. Statt die arbeitende Bevölkerung weiterhin mit Abgaben zu belasten, sollen die Profiteur*innen der Klimakrise zur Kasse gebeten werden: die Superreichen. Die Massnahmen, die finanziert werden, sollen auch sozial gerecht sein. So kann es nicht sein, dass Leute ihren Job verlieren oder eine höhere Miete bezahlen müssen wegen Klimamassnahmen. Wir wollen eine sozial gerechte Klimapolitik, die das Leben der 99% verbessert!

Um die schlimmsten Konsequenzen der Klimakrise noch abzuwenden und eine Chance auf eine Zukunft zu haben, muss die Schweiz bis 2030 Netto 0 CO₂-Emissionen erreichen. Wir müssen also jetzt handeln! Wir brauchen dringend eine sozial gerechte und konsequente Klimapolitik, für die 99%, für unsere Zukunft.

Forderung 1: Klimafreundliches Wohnen für alle – ermöglicht durch eine Erbschaftsteuer für Superreiche

Die Überwindung der Klimakrise ist eine der grössten Herausforderungen für die Menschheit. In nahezu allen Bereichen unseres Lebens sind Anpassungen erforderlich. Fakt ist, dass dieser Prozess extrem zeit- und kostenaufwendig sein wird. Bezahlen sollen die, welche mit der Zerstörung und Ausbeutung unseres Planeten am meisten Profit gemacht haben. Das sind genau die Menschen, die mit ihrem über Generationen angehäuften Vermögen die Klimakrise weiter vorantreiben. Es ist nur fair, das Geld für den Schutz unseres Planeten dort zu holen. Mit unserer «Initiative für eine Zukunft» setzen wir genau dies in die Tat um. In Form einer Erbschaftsteuer ab einem Freibetrag von 50 Millionen Franken bitten wir die etwa 2'000 Reichsten der Schweiz zur Kasse. Mit diesen Einnahmen sollen die Gebäude in der Schweiz ökologisch umgebaut werden. Mit der Förderung des Heizungersatzs, Sanierungen von Altbauwohnungen, Solarpanels auf Dächern und weiteren Massnahmen können die Treibhausgas-Emissionen des Gebäudesektors drastisch gesenkt werden. Mit Zehntausenden Stipendien zur Ausbildung von Monteur*innen, Elektriker*innen und weiteren Fachkräften wollen wir gleichzeitig sicherstellen, dass das nötige Personal vorhanden ist. Mit der Finanzierung über eine Erbschaftssteuer stellen wir sicher, dass die Energiewende nicht durch die

Mieter*innen bezahlt werden muss. Als Ziel gilt für uns: klimafreundliches Wohnen für alle!

Forderung 2: Nachhaltiger Finanzplatz unter demokratischer Kontrolle

Der Schweizer Finanzplatz ist einer der bedeutendsten der Welt. Jährlich werden durch diesen Milliarden in fossile Energien gesteckt. Somit wird die Klimakrise weiter angefeuert. Banken und Pensionskassen machen Profit auf Kosten unserer Zukunft! Es braucht einen Umbau des Finanzsystems, sodass nicht der Reichtum von Grosskonzernen und Superreichen, sondern das Wohlergehen und die Zukunft aller im Zentrum steht. Solange der Finanzplatz jedoch von privaten Investor*innen gesteuert wird, kann er nicht im Interesse der breiten Bevölkerung agieren. Eine grundlegende Demokratisierung des Finanzplatzes ist deshalb eine Voraussetzung, damit er klimafreundlich werden kann. Wir fordern, dass die Bevölkerung gemeinsam mit den Beschäftigten über die Strategie der Finanzinstitute entscheiden kann. Dazu soll ein neuer, von der Bevölkerung und den Beschäftigten gewählter und repräsentativer «Demokratischer Bankrat» die strategische Ausrichtung der Finanzinstitute in der Schweiz definieren können. Mit dem heutigen Finanzsystem gibt es keinen konsequenten Klimaschutz – dafür braucht es mehr Demokratie!

Forderung 3: Für einen ökosozialen Umbau der Wirtschaft

Unser Wirtschaftssystem basiert auf unendlichem Wachstum und Profitmaximierung, und zwar um jeden Preis. Das Märchen vom ewigen Wachstum wird auf Kosten von Mensch und Natur aufrecht erhalten. Arbeiter*innen werden ausgebeutet und die Natur zerstört, um den grösstmöglichen Gewinn für ein paar wenige zu generieren. In diesem System kann es keinen effektiven Klimaschutz oder globale Gerechtigkeit geben. Es braucht einen radikalen, allumfänglichen Systemwechsel hin zu einer demokratisch organisierten, ökologischen Planung der Wirtschaft. Der einzige Weg zur Überwindung der Klimakrise ist ein ökosozialistischer Wandel.

Im nationalen Parlament werden wir zwar keinen Systemwandel erreichen können. Wir werden aber Forderungen stellen können, die der zerstörerischen Logik der kurzfristigen Profitmaximierung entgegenwirken. So werden wir für eine Mindestgarantie von zehn Jahren für alle langlebigen und mehr oder weniger langlebigen Produkten (Kleidung, elektronische Geräte usw.) kämpfen. So können und dürfen Unternehmen nicht mehr auf qualitativ schlechte Materialien zurückgreifen, irreparable Güter herstellen oder auf

gewollten Verschleiss setzen, um den Gewinn zu maximieren. Eine weitere Forderung, ist die Verstaatlichung großer Unternehmen und ihre Unterstellung unter demokratischer Kontrolle, um eine klimafreundliche und sozial gerechte Produktion zu gewährleisten.

Für weitere Informationen:

- [Ökosozialismus oder Barbarei!](#)
- [Ausweg aus der Klimakrise: das gute Leben für alle!](#)
- [Massnahmenplan: System change not climate change - was die Schweiz gegen die Klimakrise tun muss: öffentlicher Luxus statt privater Profit](#)
- [CO₂-Gesetz: es braucht Klimapolitik für die 99% statt gegen sie!](#)
- [Resolution zur Klimastreikbewegung](#)

Unterthema 1: Weniger und besser arbeiten – und das klimafreundlich!

Damit eine umweltfreundliche Gesellschaft entstehen kann, muss die Gesamtwirtschaft grundlegend umstrukturiert werden. Umweltschädliche Wirtschaftszweige müssen so umgestaltet werden, dass sie umweltfreundlicher werden. Sektoren, in denen diese Umgestaltung nicht möglich ist, wie beispielsweise jene der fossilen Energien, der Auto- oder Flugbranche, müssen teilweise oder ganz eingestellt werden. Die Änderungen in diesen Sektoren dürfen aber nicht auf Kosten der Arbeiter*innen geschehen. Aus diesem Grund braucht es gross angelegte Umschulungsprogramme. Diese müssen die nötigen Weiterbildungen, aber auch ein gesichertes Einkommen für jene ermöglichen, die keine neue Stelle finden sollten. Damit die Klimakrise bewältigt werden kann, muss der Staat zahlreiche ökologische Arbeitsplätze schaffen, beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien oder in der ökologischen Gebäudesanierung. Nicht zuletzt muss die Arbeitszeit radikal verkürzt werden, um die Überproduktion und zu hohe CO₂-Emissionen, durch die Produktion zu verhindern. Die Arbeitszeitverkürzung würde auch zu einer besseren Verteilung der Arbeit führen und die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Bei Einkommen unter 7'500 CHF darf dies aber unter keinen Umständen zu einer Lohnsenkung führen.

Weiterführender Link: [Arbeiten, um zu leben, und nicht leben, um zu arbeiten](#)

Unterthema 2: Für guten und ökologischen öffentlichen Verkehr!

Der Verkehrssektor ist einer der umweltschädlichsten Sektoren in der Schweiz. Er ist für knapp einen Drittel der inländischen CO₂-Emissionen verantwortlich. Es ist daher dringend notwendig, sich vom motorisierten Individualverkehr und den

Verbrennungsmotoren abzuwenden. Dies darf jedoch nicht zu zusätzlichen Kosten für die Bevölkerung führen oder zur Isolation der Menschen in den ländlichen Regionen beitragen, die teils auf diesen Transport angewiesen sind. Kurzfristig fordern wir ein Verbot des Baus neuer Autobahnen sowie ein Verbot des unnötigen motorisierten Individualverkehrs in den Ballungszentren. Zusätzlich ist ein massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und eine Erhöhung der Frequenz der Verbindungen notwendig. Der regionale öffentliche Verkehr sollte kostenlos sein und der übrige öffentliche Verkehr muss bezahlbar sein, damit die Haushalte nicht zusätzlich finanziell belastet werden und keine Verlagerung des Verkehrs auf klimaschädliche Verkehrsträger stattfindet. Zusätzlich muss ein gutes Netz von Nachtzügen für ganz Europa aufgebaut werden, um Kurz- und Mittelstreckenflüge zu ersetzen zu können. Für den Langsamverkehr muss das Radwegenetz massiv ausgebaut und die Stadtzentren zu fussgänger*innenfreundlicher und grüner umgestaltet werden.

Unterthema 3: Ausstieg aus den fossilen Energien, jetzt!

Aufgrund der Klimakrise müssen wir dringend von fossilen Energien wegkommen. Um das Schlimmste zu verhindern, muss dieser Schritt bis 2030 geschehen. Es braucht also sofort einen Plan für einen umfassenden Ausbau der erneuerbaren Energien und der Speicherkapazitäten. Dafür muss die Energieversorgung in erster Linie eine Aufgabe der öffentlichen Hand sein: staatlich finanziert, geplant und unter demokratischer Kontrolle! Der Markt ist aktuell nicht in der Lage, die rasch notwendige Energiewende umzusetzen – schon gar nicht sozial gerecht. Um dies zu gewährleisten, braucht es milliardenschwere öffentliche Investitionen. Wir fordern auch progressive Energiepreise, die die benötigte Energie für die breite Bevölkerung finanziell bezahlbar machen und den Luxuskonsum von Energie verteuern. Nicht zuletzt müssen finanzielle Mittel für die Weiter- und Ausbildung von vielen dafür benötigten Menschen in diesem Bereich bereitgestellt werden, z. B. für die Installation von Solarpanels.

Für weitere Informationen: [Energieknappheit: die 99% dürfen nicht unter den Fehlern der Rechten leiden](#)

Unterthema 4: Für eine lokale und ökologische Lebensmittelproduktion

Die Landwirtschaft ist einer der grundlegendsten Bereiche jeder Gesellschaft, da sie uns ermöglicht, das Grundbedürfnis der Ernährung zu befriedigen. Sie macht heute 14% der inländischen CO₂-Emissionen aus. Da jedoch ein grosser Teil der in der Schweiz

konsumierten Lebensmittel im Ausland produziert werden, sind die ökologischen Auswirkungen des Nahrungsmittelkonsums in Wirklichkeit wesentlich höher als die 14% im Inland. Angesichts der Klimakrise muss der gesamte Agrarsektor auf eine ökologische Produktionsweise (Agrarökologie) umgestellt werden. Dies erfordert, dass den Bäuerinnen und Bauern finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diese Umstellung zu ermöglichen.

Diese Umstellung bedeutet die Schliessung von industriellen Grossbetrieben und eine weniger intensive Landwirtschaft. Das bedeutet, dass man auf mehr Arbeitskräfte auf dem Feld setzt, anstatt immer mehr Maschinen und Hilfsmittel einzusetzen. Ausserdem erfordert es eine Reduktion der Viehhaltung und der Fleischproduktion. Deshalb muss die Viehzucht dort ausgeschlossen werden, wo stattdessen eine pflanzliche Nahrungsmittelproduktion möglich ist. Die Lebensmittelproduktion muss ausserdem wieder vermehrt lokal ausgerichtet, kurze Wege bevorzugt und die Ernährungssouveränität ins Zentrum gestellt werden. Konkret bedeutet dies den Schutz der lokalen Lebensmittelproduktion, bessere Arbeitsbedingungen und direkte Verbindungen zwischen Landwirt*innen und Konsument*innen. Schlussendlich müssen Lebensmittelpreise für alle erschwinglich sein, sodass jede*r Zugang zu lokalen, gesunden und biologisch produzierten Lebensmittel hat.

Für weitere Informationen:

- [Solidarisch und sozialistisch: für eine Landwirtschaft der Zukunft!](#)
- [Ernährung und Landwirtschaft gehen uns alle an!](#)
- [Freihandelsbkommen mit Indonesien: eine neue Absurdität für die Profite des reichsten Prozents](#)
- [Nein zum Mercosour-Abkommen](#)

Unterthema 5: Für internationale Klimagerechtigkeit !

Die Menschen im globalen Süden sind bereits jetzt am stärksten von der Klimakrise betroffen, Das wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken, obwohl gerade diese Menschen am wenigsten für die Krise verantwortlich sind. Wir fordern deshalb, dass die Schulden der Länder des globalen Südens gegenüber der Schweiz erlassen werden. Heute müssen diese Länder nämlich riesige Schulden und entsprechende Zinszahlungen bei den Ländern des globalen Nordens begleichen,. Das hindert sie daran, genügend in den Kampf gegen die Klimakrise und die Anpassung an sie zu investieren. Ein einfacher Schuldenerlass reicht jedoch nicht aus: Die Schweiz und die Länder des globalen Nordens müssen den Ländern des globalen Südens auch zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. In diesem Rahmen soll die Schweiz

mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr an die Länder des globalen Südens zahlen. Schlussendlich muss die Klimakrise auch als Asylgrund anerkannt werden, da sie ganze Regionen der Welt unbewohnbar macht.

Für weitere Informationen:

- [Stopp der Ausbeutung des globalen Südens](#)
- [Für internationale Klimagerechtigkeit: Abschaffung der Staatsschulden der Länder des globalen Südens](#)

B: Für eine Wirtschaft der 99%!

Alle Güter und Dienstleistungen, die wir heute produzieren, werden in einer kapitalistischen Wirtschaft hergestellt: Du und ich arbeiten und schaffen damit Wohlstand (Mehrwert), aber die "Werkzeuge", die wir benutzen und die Unternehmen, in denen wir arbeiten, gehören uns nicht. Die erwirtschafteten Gewinne fließen also nicht in die Taschen der Arbeiter*innen, sondern in die Taschen der Besitzer*innen der Unternehmen und Aktionär*innen. Diese versuchen, ihre Gewinne immer weiter zu steigern, in dem sie mehr produzieren und die Preise der Produkte gleichzeitig senken. Wie funktioniert das? Durch Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, der Länder des «globalen Südens» und der Arbeiter*innen insgesamt. Das führte und führt zu enormen Ungleichheiten: In der Schweiz besitzt das reichste Prozent 44% des Vermögens. Die Länder des «Globalen Nordens» beuten seit Beginn ihrer kapitalistisch motivierten Kolonialisierung die Länder des «Globalen Südens» schonungslos aus – und der Kolonialismus ist auch im Zuge der «Dekolonisierung» nicht verschwunden: die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeitsverhältnisse kommen einfach in anderem Gewand daher. Das Ziel bleibt gleich: Profite, immer mehr Profite für die Ultrareichen.

Die planetaren Ressourcen sind jedoch endlich, auch wenn das Streben nach Reichtum unendlich zu sein scheint. Die Klimakrise ist eine direkte Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems, und die negativen Konsequenzen tragen immer die 99%. Inflation, Wirtschaftskrisen oder die Klimakrise sind keine "Fehlritte", sondern liegen in der Natur des Kapitalismus. Doch der Wandel hin zu einem anderen System, das Menschen über Profite stellt, ist noch immer möglich!

Es ist dringend nötig, die Art und Weise, wie wir uns organisieren, um unsere Bedürfnisse zu decken, radikal zu verändern, auch weil unsere Zukunft durch die Klimakrise bedroht ist. Wir wollen eine andere Wirtschaft, und zwar eine, die auf den Bedürfnissen der Menschen und dem schonenden Umgang mit den planetaren Ressourcen basiert! Wir wollen eine solidarische Wirtschaft, in der Care-Arbeit gerecht verteilt ist. Wir wollen eine

Wirtschaft, in der alle Menschen die Freiheit haben, so zu arbeiten, wie sie es wollen und können. Wir wollen eine Wirtschaft, die produziert, was gebraucht wird, nicht einfach immer mehr. Wir wollen eine Wirtschaft, die ein schönes und erfülltes Leben für alle garantiert!

Forderung 1: Ausbildung ist kein Luxus: Berufslehren und Praktika müssen angemessen entlohnt werden!

Egal, ob sich ein*e Jugendliche*r für eine Berufslehre oder eine gymnasiale/universitäre Ausbildung entscheidet, jede*r möchte und soll nach abgeschlossener Ausbildung einen Job finden, mit dem die Lebenskosten bezahlt werden können. Doch der Weg zu einer Festanstellung ist für diejenigen, die nicht das Privileg haben auf die finanzielle Unterstützung ihrer Eltern zählen können, steinig und prekär. Das muss sich ändern, denn (Aus)bildung ist kein Luxus! Auszubildende erhalten Hungerlöhne, obwohl die Menschen in Ausbildung wertvolle Arbeit für die Lehrbetriebe leisten. Es fehlt noch immer an effektiven Kontrollen der Ausbildungsbedingungen.

Der Durchschnittslohn von Praktikant*innen nähert sich der 2'000-Frankengrenze, dieser Einkommensbetrag liegt somit unter der Armutsgrenze und nicht selten wird sogar verlangt, dass Praktika unbezahlt absolviert werden. Gleichzeitig wird von jungen Menschen im Lauf ihrer Ausbildung zunehmend erwartet, dass solche Praktikumsstellen angetreten werden, ohne Garantie auf Bezahlung.

Wir wollen endlich eine angemessene Bezahlung für Auszubildende und Praktikant*innen und eine entsprechende Jobgarantie nach Abschluss ihrer Ausbildung. Praktika und Berufslehren müssen endlich faire Arbeitsbedingungen und angemessene Unterstützung erhalten, damit «Ausbildungen» ihrem Namen auch gerecht werden.

Forderung 2: Geld arbeitet nicht, du schon! Kapitaleinkommen muss höher besteuert werden.

Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat es der reichsten Minderheit der Bevölkerung ermöglicht, immer noch reicher zu werden. Steuermechanismen, die der Staat bräuchte, um aktiv gegen die Vermögensungleichheit vorzugehen, wurden weitgehend ausser Kraft gesetzt. Wir brauchen aber eine gerechte Steuerpolitik, die den 99% zu Gute kommt und nicht den Ultrareichen und Grosskonzernen!

Um dies zu erreichen, wollen wir Kapitaleinkommen, wie beispielsweise Dividenden und

Aktiengewinne, stärker besteuern. Während die 99% der Bevölkerung mit ihrer Arbeit den Wohlstand unserer Gesellschaft erwirtschaften, bereichern sich die Arbeitgeber*innen und Aktionär*innen lediglich durch ihr Geld, das wir für sie verdienen. Es ist höchste Zeit, dass diese ungerechtfertigten Einkommen anderthalb Mal höher besteuert werden als Arbeitseinkommen - wie das die 99%-Initiative vorgeschlagen hat.

Forderung 3: Für eine sozial gerechte, ökologische und demokratische Planwirtschaft!

Heute leben wir in einem Wirtschaftssystem, das auf kurzfristigem Profit und Wachstumszwang beruht. Dieses System funktioniert ausschliesslich im Interesse einer kleinen und ultrareichen Minderheit der Bevölkerung. Diese Art zu Wirtschaften führt gezwungenermassen zur Ausbeutung der Arbeiter*innen und planetaren Ressourcen. Wir wollen dieses ungerechte und zerstörerische System beenden und eine ökologische und demokratische Planwirtschaft für und für die 99% aufbauen!

Wir können nicht länger tolerieren, dass übermächtige Konzerne darüber entscheiden, was produziert wird, und unsere Gesellschaft mit einer unnötigen Menge an umweltschädlichen und kurzlebigen Gütern überschwemmen. Wir wollen gemeinsam auf allen Ebenen entscheiden, was und wie produziert wird, um die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu abzudecken und gleichzeitig die planetaren Ressourcen zu schonen.

Unterthema 1: Bessere Arbeitsbedingungen für alle!

Im herrschenden kapitalistischen System wird unter Arbeit die Zeit verstanden, die viele von uns als Lohnarbeiter*innen bei einer Firma (oder ähnlichem) verbringen. Aber wir arbeiten eben nicht nur, wenn wir Geld verdienen: Unbezahlte Care-Arbeit, also bsp. die Pflege von Angehörigen, die auch heute noch zu 60% von Frauen erledigt wird, nimmt weit mehr Zeit in Anspruch als Lohnarbeit. Deswegen soll die Arbeitszeit bei gleichem Lohn reduziert werden, um der arbeitenden Bevölkerung eine höhere Lebensqualität zu gewährleisten, um die Klimakrise zu bekämpfen und um unbezahlte Care-Arbeit gerechter aufzuteilen! Eine Arbeitszeitreduktion würde auch eine bessere Verteilung der Gewinne ermöglichen, die durch Produktivitätssteigerungen in den letzten Jahrzehnten entstanden sind - Gewinne, die grösstenteils in die Taschen der Reichsten fliessen und nie an die Menschen gelangen, die diese eigentlich erwirtschaftet haben.

Care-Arbeit wird nicht nur systematisch unsichtbar gemacht und abgewertet, sie ist auch

extrem ungerecht verteilt. So lastet unbezahlte Care-Arbeit noch immer auf den Schultern von Frauen, obwohl Care-Arbeit eigentlich in der Verantwortung jeder Person liegt. Doch es fehlt heute nicht nur an Zeit, sondern auch an gemeinschaftlichen Infrastrukturen, die uns ermöglichen würden, diese Aufgaben zu teilen. Ob Kindertagesstätten in der Nachbar*innenschaft, Volksküchen oder Quartierzentren - wir brauchen geeignete Gemeinschaftsräume, um die Care-Arbeit besser zu verteilen!

Was Lohnarbeit anbelangt, haben viele Menschen Schwierigkeiten, mit ihrem derzeitigen Gehalt über die Runden zu kommen. Miete, Aus- und Weiterbildungen, Lebensmittel, Freizeit, Krankenversicherungsprämien, Stromrechnungen, Ferien... Die Lebenshaltungskosten sind hoch, insbesondere für Menschen aus der Arbeiter*innenklasse und aus marginalisierten Gruppen. Um diese Kosten zu decken, muss die Mehrheit der Menschen arbeiten. Diese Arbeit ist wertvoll: Sie ist die Grundlage für unser gesellschaftliches Zusammenleben und für die allgemeine Wertschöpfung. Aus diesem Grund soll niemand in der Schweiz weniger als 5'000 Franken pro Monat verdienen. So einfach ist das.

Die Corona-Pandemie hat die grundlegenden Probleme unseres profitorientierten Gesundheitssystems schonungslos aufgedeckt: chronische Unterfinanzierungen und der daraus resultierende Mangel an Pflegefachkräften. Die Pflegeinitiative muss endlich und dringendst gerecht umgesetzt werden! Die Arbeitsbedingungen in den Pflegefachberufen müssen grundlegend verbessert werden, damit (neu) ausgebildete Personen die qualitativ hochwertige Pflege leisten können, die sie gerne würden.

Und da Stress am Arbeitsplatz leider oft die Norm darstellt, ist Freizeit zur Erholung von grosser Notwendigkeit. Aus diesem Grund fordern wir sechs Wochen Urlaub für alle Arbeitnehmenden. Eine höhere Anzahl an Ferienwochen hilft zudem bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Unterthema 2: Eine Rückverteilung des Vermögens an die 99%!

Kinderarbeit, Rodungen des Regenwaldes, Wasservergiftung, lebensgefährliche Arbeitsbedingungen in Minen: Multinationale Konzerne haben keine Skrupel, wenn es um die Maximierung ihrer Profite geht. Durch die Ausbeutung der Länder des «globalen Südens» verschaffen sich diese Konzerne Wettbewerbsvorteile durch das kapitalistische System, durch das sie Milliarden von Franken erwirtschaften können. Wir wollen, dass multinationale Unternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz endlich für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Das Mindeste dabei ist die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards! Die multinationalen Konzerne sollen nicht länger straflos davonkommen!

Diese Konzerne scheren sich nicht um Menschenrechte im «globalen Süden» und auch in der Schweiz versuchen diese Unternehmen ihre Produktionskosten immer weiter zu minimieren. So werden die wenigen bereits existierenden kantonalen Mindestlöhne von den Bürgerlichen angegriffen. Währenddessen grätscht die Lohnschäre zwischen den niedrigsten und höchsten Löhnen in Schweizer Unternehmen immer weiter auseinander. Um dies zu unterbinden sollen die Löhne der Meistverdienenden in einem Unternehmen nicht mehr als fünf Mal höher sein, als die niedrigsten Löhne.

Die öffentliche Hand betreibt währenddessen interkantonal und international einen Steuerwettbewerb auf Kosten der 99%. Um multinationale Konzerne und Ultrareiche anzuziehen, haben die Kantone unterschiedliche Methoden gefunden, ihre Steuersätze möglichst tief anzusetzen. Resultierend daraus initiieren diese Kantone enorme Sparmassnahmen und Kürzungen bei den öffentlichen Dienstleistungen. Es ist höchste Zeit, schweizweite Massnahmen zur Steuerharmonisierung einzuführen! Auch der Finanzausgleich, also Solidaritätsakt zwischen den Kantonen, muss zugunsten der ländlichen Gebieten gestärkt werden.

Unterthema 3: Für einen starken Sozialstaat!

Um Ungleichheiten zu bekämpfen, muss das Geld zuerst von den Reichsten zurückgeholt werden und in einem zweiten Schritt in den Service Public, die Sozialversicherungen und ins Rentensystem fliessen. Für eine starke Wirtschaft, die Mensch und Umwelt dient, brauchen wir einen starken Sozialstaat und zwar in allen Regionen. Ob Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit oder ÖV: Öffentliche Dienstleistungen müssen direkt vom Staat erbracht werden, bezahlbar sein und sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren.

Die Gesundheit unserer Gesellschaft ist in Gefahr, seit die Interessen der privaten Krankenversicherungen vor die Gesundheit der Bevölkerung gestellt werden. Steigende Prämien und Einsparungen auf dem Rücken von vulnerablen Personen und des Gesundheitspersonals – alles wegen dem freien Wettbewerb: Dem müssen wir ein Ende setzen und zwar mit der Einführung einer Einheitskasse! Auch sollen die Gesamtkosten für die psychiatrische Versorgung, sexuelle Gesundheit und Zahnpflege übernommen werden, und zwar ohne Franchise und Selbstbehalt.

Um auch den Ruhestand in Würde geniessen zu können, muss das Rentensystem nach den Bedürfnissen der Menschen umgestaltet werden. Die interne Verwaltung von Pensionskassen ist zwar oft formal demokratisch, in der Praxis jedoch nur selten. Wir wollen eine öffentlich verwaltete Pensionskasse schaffen, die die erste und zweite Säule zusammenführt, solidarisch finanziert ist und allen eine Rente von mindestens 4'000

Franken pro Monat garantiert.

Unterthema 4: Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Ein eigens Dach über dem Kopf sollte eigentlich allen gewährleistet sein. Dennoch besitzen nur 40% der Menschen in der Schweiz eine eigene Wohnung. Die restliche Bevölkerung befindet sich in einem Mietverhältnis und ist damit gezwungen, bis zu 35% des Einkommens für Wohnraum auszugeben. Übrigens: ein grosser Teil der Mietzinseinnahmen der Hausbesitzer*innen ist illegal: Die Mietzinse liegen im Schnitt 40% über der gesetzlichen Grenze für Mietrenditen. Deshalb fordern wir die Einführung effektiver Kontrollen und ein Verbot der Profitmaximierung mit unserem Wohnraum! Darüber hinaus sind derzeit mindestens 2'200 Menschen in der Schweiz obdachlos. Würdiges Wohnen darf kein Privileg sein, sondern ein Menschenrecht! Sozial- und Notwohnungen müssen allen Bedürftigen zur Verfügung gestellt werden, vor allem in den Städten. Zwangsräumungen müssen verboten werden, und zusätzlich muss der Bund in die Eingliederung von Menschen in Not in die Gesellschaft investieren. Angesichts der Klimakrise reicht es nicht aus, dass alle Menschen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben, dieser muss aber auch nachhaltig sein. Eine nachhaltige Wohnung zeichnet sich durch einen schonenden Energieverbrauch und einen einfachen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen aus. Um das gewährleisten zu können, müssen Vermieter*innen Wohnungsrennovationen garantieren und zwar ohne eine Kostenabwälzung auf Mieter*innen und entsprechendem Schutz vor Leerkündigungen. Ausserdem soll der Staat beim Erwerb von Wohneigentum für Wohnbaugenossenschaften Unterstützung bieten.

C: Für eine Welt ohne Flucht!

Migrationsmechanismen sind vielschichtig und komplex, ebenso die Ursachen. Eine Analyse dieser zeigt aber gewisse Zusammenhänge.

Mit ihrem aggressiven Steuerdumping fördern die Schweiz und andere Länder des «globalen Nordens» die Kapitalflucht. Um der systembedingten Armut zu entkommen, sind in der Folge viele Menschen gezwungen, zu flüchten und dem Kapital dorthin nachzuziehen, wo es sich aufgrund des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der damit verbundenen Kolonialisierung akkumuliert hat: im «globalen Norden». Die Profitgier des reichsten 1% ist verantwortlich für die bewaffneten Konflikte auf der ganzen Welt. Gekämpft wird oftmals um Territorien und Ressourcen, welche von trans- und

multinationalen Konzernen ausgebeutet werden. Im Kapitalismus werden also nicht nur Menschen, sondern auch die Umwelt ausgebeutet und die Klimakrise befeuert. Die Folgen der Umweltausbeutung berauben unzählige Menschen ihrer Lebensgrundlagen, Migration bleibt oft die einzige Überlebenschance.

Die grundlegende Ursache der Fluchtmigration ist also die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die Auswirkungen gehen jedoch noch weiter, der Kapitalismus übt auch einen direkten Einfluss auf die Wahrnehmung des Phänomens „Migration“ in der Gesellschaft aus. Wer zur Oberschicht gehört, geniesst das Privileg, sich seinen Wohnsitz frei auswählen zu können und sich «Expat» zu nennen. Wer keine finanziellen Mittel hat, ist gezwungen, sich Gefahren auszusetzen, um das eigene Überleben zu sichern.

Migration wurde insbesondere im letzten Jahrzehnt zu einem Sicherheitsproblem für Europa hochstilisiert. Dieser Rahmen legitimiert die Militarisierung der EU-Aussengrenzen und Gewalt gegen flüchtende Menschen. Der Geburtsort ist willkürlich bestimmt. Rechte, Lebensbedingungen und Chancen eines Menschen werden aber in der heutigen Ordnung grundlegend von diesem Ort bestimmt. Grenzen dienen dazu, Unterschiede zu schaffen und zu legitimieren und die Arbeiter*innen zu teilen. Wir bekämpfen daher jegliche Formen von nationalen Grenzen.

In der Schweiz gibt es schwere Missstände im Umgang mit Migration. Rassistische Angstkampagnen gehören zum Politalltag. Sicherheitsdienste und Betreuungspersonal für Asylsuchende werden immer mehr durch private und unqualifizierte Unternehmen gestellt. Es wird viel zu wenig Geld für menschenwürdige Unterkünfte und Begleitung zur Verfügung gestellt. Darunter leiden ausgerechnet die, die auf der Suche nach einem besseren Leben und einer Zukunft zu uns gekommen sind. Nehmen wir endlich unsere gesellschaftliche Verantwortung wahr und ermöglichen allen Menschen ein Leben in Würde!

Forderung 1: Stimm- und Wahlrecht für alle in der Schweiz lebenden Personen

Demokratie ist ein grundlegendes Gut für eine freiheitliche Gesellschaft. Wie wir uns für die demokratische Verwaltung aller Unternehmen durch die Arbeiter*innen einsetzen, setzen wir uns auch für eine grundlegend demokratisch organisierte Gesellschaft auf allen Ebenen ein.

In der Schweiz gibt es grosse Defizite, was die demokratische Beteiligung der Bevölkerung anbelangt. Auch nach der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrecht vor

etwas mehr als 50 Jahren, ist heute ein relevanter Teil der Schweizer Bevölkerung von der Demokratie ausgeschlossen. Mehr als ein Viertel der in der Schweiz lebenden Personen hat keinen Schweizer Pass. Obwohl ein grosser Teil der migrierten Bevölkerung seit Jahren oder sogar Generationen in der Schweiz lebt, hier arbeitet und den selben gesellschaftlichen Pflichten nachkommt wie Menschen mit Stimm- und Wahlrecht, werden sie von politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Über 2.2 Millionen Personen müssen also über sich und ihr Leben entscheiden lassen, ohne mitreden zu können.

Für uns ist klar: Alle Menschen sollen dort, wo sie leben, auch mitbestimmen dürfen. Einige Kantone und Gemeinden, vor allem in der Westschweiz gewähren Niedergelassenen bereits das passive Stimm- und Wahlrecht. Wir fordern, dass alle Menschen, die ihren Wohnsitz seit einem Jahr in der Schweiz haben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus das Wahl- und Stimmrecht auf allen staatspolitischen Ebenen erhalten. Wer in der Schweiz lebt, soll auch in der Schweiz mitbestimmen können.

Forderung 2: Automatische Einbürgerung

Die Einbürgerungsquote bleibt in der Schweiz weiterhin tief. Dafür gibt es verschiedene Gründe, wie die Pflicht, eine Staatsbürgerschaft (je nach Land) bei einer Schweizer Einbürgerung abgeben zu müssen. Der Hauptfaktor ist ganz klar der überaus teure, rassistische und somit unzugängliche Einbürgerungsprozess.

Die Bürgerlichen vergrössern die finanziellen und administrativen Hürden zur Einbürgerung bereits seit Jahren. Selbst Nachfahren der dritten und vierten Generation von Migrant*innen müssen ein aufwändiges Einbürgerungsverfahren durchlaufen, um die Staatsbürgerschaft zu erlangen. In vielen Gemeinden entscheidet weiterhin die Gemeindeversammlung direkt über Einbürgerungen. Wiederholt wurden Einbürgerungen aufgrund persönlicher Differenzen und fremdenfeindlicher und rassistischer Vorurteile abgelehnt - ein unhaltbarer Zustand. In allen Fällen muss ein Gesuch gestellt und bezahlt werden, welches an hohe Anforderungen und ein grosses Mass an Einsicht ins Privatleben der Antragsstellenden geknüpft ist. Dieser willkürliche Prozess ist demütigend und stellt gerade für viele Lohnabhängige eine grosse Hürde dar.

Der Geburtsort kann nicht gewählt werden - diese Geburtslotterie entscheidet über das Schicksal aller. Wer Glück hat kriegt die Schweizer Staatsbürgerschaft zur Geburt geschenkt und hat Rechte, die anderen für immer verwehrt bleiben. Für uns ist klar: Wer hier lebt und damit Teil unserer Gesellschaft ist, soll neben den gleichen Pflichten auch die gleichen Rechte haben. Wir fordern deswegen, dass niedergelassene Personen nach

5 Jahren automatisch in der Schweiz eingebürgert werden. In der Schweiz geborene Kinder sollen ebenfalls automatisch die Schweizer Staatsbürgerschaft erhalten. Es soll keine weiteren Anforderungen, Prüfungen oder Tests als Hürde zu gleichen Rechten und Pflichten geben.

Forderung 3: Bessere Behandlung Asylsuchender

Für uns ist klar: Wenn die Aussicht auf eine sichere Zukunft vor Ort nicht mehr gegeben ist und das bisherige Leben nicht mehr in physischer, psychischer und materieller Sicherheit weitergeführt werden kann, ist eine Flucht an einen sicheren Ort unumgänglich. Ob dabei ein Krieg oder eine Hungersnot herrscht, ob politische Verfolgung, die wirtschaftliche Situation oder eine Naturkatastrophe das Leben in der Heimat verunmöglicht soll keine Rolle spielen. Menschen müssen wie Menschen behandelt werden.

Heute werden Asylsuchende schweizweit in Bunkern, abgelegenen Militärunterkünften oder schlecht gepflegten Gebäuden untergebracht. Es fehlt an Privatsphäre, Hygiene und Platz. Die Rechts-bürgerlich dominierten Politik handelt zu tiefst menschenverachtend. In ihrem fremdenfeindlichen und rassistischen Weltbild sprechen sie Migrant*innen basierend auf Herkunft oder finanziellem Status, Menschenwürde zu oder ab. Sie möchten so wenig Geld wie möglich ins Asylwesen investieren und die Betroffenen so stark wie möglich aus der Öffentlichkeit fernhalten.

Die anhaltende Privatisierung macht dabei auch vor dem Asylwesen keinen Halt. Die Betreuung wird vor allem als Sicherheitsaufgabe gelesen und private Security-Unternehmen wie Securitas sind für die Führung der Unterkünfte zuständig. Das Sicherheitspersonal ist nicht oder ungenügend auf den Umgang mit traumatisierten Menschen geschult und erfüllt nicht die Rolle, die die betroffenen Geflüchteten nötig hätten. Insbesondere FINTA-Personen werden im Schweizer Asylwesen nicht angemessen geschützt. Gewalttätige Übergriffe gegen Geflüchtete sind dabei keine Seltenheit, sondern haben System.

Wir fordern massive Mehrinvestitionen in das Schweizer Asylwesen zugunsten der Geflüchteten. Der Staat muss den Betrieb der Asylunterkünfte und -zentren in die eigene Hand nehmen und qualifiziertes Personal zur Unterstützung der Geflüchteten bereitstellen. Die Unterkünfte müssen genügend Platz für ein humanes Leben mit Tageslicht, Luft, Privatsphäre, Hygiene und Ausweichmöglichkeiten bieten.

Unterthema 1: Fluchtursachen effektiv bekämpfen

Um Migrant*innen nicht in der Schweiz aufnehmen zu müssen, fordert Mitte-Rechts gerne, dass "Hilfe vor Ort" geleistet werden müsse. Mit Lösungen von Hilfswerkeinsätzen bis zu Geflüchteten-Lagern auf dem afrikanischen Kontinent wollen sie verhindern, dass Menschen nach Europa flüchten und dabei ihre eigene menschenfeindliche rechts-bürgerliche Politik legitimieren. Die systemischen Ursachen für Migration, für welche der globale Norden verantwortlich ist, sehen sie dabei nicht. Damit die Reichen reich sein können, müssen die Armen systembedingt arm sein. Um dieser Armut zu entkommen, sind viele gezwungen, dem Kapital dorthin nachzuziehen, wo es sich aufgrund des kapitalistischen Systems akkumuliert hat. Dazu kommen die imperialistischen Einflüsse des globalen Kapitalismus. Um das für das System überlebenswichtige Wachstum zu ermöglichen, ist eine stetige Erweiterung der Absatzmärkte nötig. Zur Durchsetzung dieser wirtschaftlichen Interessen schrecken kapitalistische Grossmächte auch nicht vor bewaffneten Konflikten zurück. Auch für nicht direkt involvierte Länder wie die Schweiz sind solche Kriege lukrativ, da sie beispielsweise durch Waffenexporte davon profitieren können. Ausserdem ist das Wirtschaftswachstum direkt mit einem erhöhten Energiekonsum und verstärkten Treibhausgas-Emissionen verbunden. Die Folgen der Klimakrise, aber auch Überfischung und Land-Grabbing wird Millionen von Menschen die Existenzgrundlage nehmen, sodass nur Migration als Ausweg aus dem Elend übrig bleibt. Wir fordern deshalb ein gerechtes und solidarisches internationales Steuersystem, das den Steuerdumping-Wettbewerb und die Kapitalflucht beendet. Konzerne müssen an die Leine genommen und für das Elend, welches sie verursachen oder von dem sie profitieren, zur Verantwortung gezogen werden. Weiter fordern wir einen sofortigen Stopp aller Kriegsmaterialexporte und ein Verbot der Finanzierung dieser.

Unterthema 2: Hilfe statt Gewalt an den EU-Aussengrenzen

Illegale Pushbacks, also die gewaltsame Zurückweisung und das Zurückdrängen von Schutz suchenden Menschen auf der Flucht, ohne ein effektives Verfahren oder eine ernsthafte Prüfung der Schutzgründe, stehen bei der europäischen Grenzschutzagentur Frontex an der Tagesordnung. Legitimiert werden diese Handlungen durch rassistische Behauptungen, die v.a. flüchtende Männer als «Sicherheitsproblem für Europa» darstellen lassen. Flüchtende werden an den Grenzen gewaltsam zurückgeschickt oder auf dem offenen Meer ausgesetzt, wo sie ihrem Schicksal überlassen werden. Die Konsequenz davon sind seit 1993 mindestens 44'000 Tote, wobei die genaue Zahl aufgrund der hohen Dunkelziffer unbekannt ist. Frontex ist dabei das Sinnbild für die tödliche Festung Europa.

Wir fordern aus diesem Grund die sofortige Abschaffung von Frontex und stattdessen eine angemessene Unterstützung der Flüchtenden in ihrer prekären Lage. Langfristig wollen wir eine Welt, in der niemand flüchten muss und Migration freiwillig passieren kann. Rechte, Lebensbedingungen und Chancen werden in der heute herrschenden Ordnung grundlegend vom zufälligen Geburtsort beeinflusst. Grenzen dienen dazu, Unterschiede zu legitimieren und die Arbeiter*innenschaft zu teilen. Aktuell wird durch nationalistische Diskurse von den wirklichen Ursachen der Probleme abgelenkt. Dadurch, dass Sündenböcke hinter dem fiktiven Vorhang der nationalen Grenzen platziert werden können, gelingt es dem vom aktuellen System profitierenden reichsten 1%, eine grenzübergreifende Organisation der Arbeiter*innen zu verunmöglichen. Kampf für Bewegungsfreiheit und Klassenkampf sind daher unmittelbar mit der Überwindung der nationalistischen Ideen verbunden. Für uns als Linke ist daher klar, dass jegliche Formen von nationalen Grenzen und Gesetzen, welche diese erzwingen, zu bekämpfen sind. Daher kann eine linke Utopie nur antinational sein. Langfristig fordern wir deshalb die Abschaffung aller Grenzen und die Überwindung des Konzeptes der Nationalstaaten.

Unterthema 3: Fluchtwege sichern

Für uns ist klar: Wenn die Aussicht auf eine sichere Zukunft vor Ort nicht mehr gegeben ist und das bisherige Leben nicht mehr in physischer, psychischer und materieller Sicherheit weitergeführt werden kann, ist eine Flucht an einen sicheren Ort unumgänglich. Durch das Fehlen offizieller und legaler Fluchtmöglichkeiten nach Europa, werden Menschen heute auf der Flucht in die Kriminalität gezwungen und grossen Gefahren ausgesetzt. Besonders prekär ist die Situation auf dem Mittelmeer. Die EU und die Mittelmeerstaaten haben gleichzeitig unter dem oft widerlegten Argument, Seenotrettung sei ein Pull-Faktor für Migration, staatliche Seenotrettung eingestellt. Die daraus resultierende Anzahl an Todesfällen ist horrend hoch - allein im Jahr 2022 sind laut offiziellen Angaben knapp 2000 Menschen auf und im Mittelmeer gestorben, die Dunkelziffer bleibt dabei noch unbeachtet. Die zunehmende Kriminalisierung der wenigen noch aktiven Seenotrettungs-NGOs droht die Situation noch weiter zu verschärfen und weitere abertausende Menschen zum unverschuldeten Tod im Mittelmeer zu verurteilen. Wir fordern deswegen die komplette Legalisierung privater Seenotrettung und den unmittelbaren Aufbau einer offiziellen staatlichen Seenotrettungsmission auf dem Mittelmeer. Um Flucht sicher zu machen, fordern wir ausserdem die Einführung des Botschaftsasyls für die Schweiz und alle EU-Staaten.

Unterthema 4: Unsoziale Aufnahmepraktiken beenden

Die Art des Aufenthaltsstatus macht gewaltige Unterschiede für das Wohlergehen von Migrant*innen in der Schweiz. Es existieren im Moment acht verschiedene Formen von Aufenthaltsbewilligungen für Menschen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft. Manche Aufenthaltsbewilligungen sind dabei besonders kritisch zu beachten. Die unsoziale «Vorläufige Aufnahme» wird vor allem Geflüchtete aus langjährigen Kriegs- und Krisengebieten erteilt, die eigentlich abgewiesen werden würden, dies für die Schweiz aber unzulässig, unzumutbar oder unmöglich ist. Diese Aufenthaltsbewilligung suggeriert eine nur kurzfristige Aufnahme, was die Situation für Betroffene enorm erschwert, gerade bei der Suche nach einer Arbeitsstelle oder Wohnung. Sie werden nicht als Geflüchtete anerkannt und daher mit der ständigen Gefahr konfrontiert, ausgeschafft zu werden. Im Zuge des Ukraine-Krieges, bewies der Bund, dass es eigentlich auch anders gehen würde. Ukrainer*innen erhalten in der Schweiz den Schutzstatus S. Mit diesem erhalten die aus dem Kriegsgebiet Geflüchteten schnell ein vorläufiges Aufenthaltsrecht mit Recht auf Familien-Nachzug, ohne dass sie ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen müssen. Dieses Verfahren wäre auch in anderen Kriegs- und Krisenfällen möglich, wird aber nicht angewandt.

Da gerade Menschen aus Konfliktgebieten auf Schutz angewiesen sind, fordern wir die Abschaffung der vorläufigen Aufnahme und die Aktivierung des Schutzstatus S für andere Krisen- und Kriegsgebiete.

Unterthema 5: Ausschaffungen stoppen

Die in der Schweiz praktizierten Zwangsausschaffungen sind menschenunwürdig. Personen, die sich nach Schweizer Gesetz “illegal” in der Schweiz befinden, können jederzeit ausgeschafft werden. Wiederholt sind dabei Menschen in der Ausschaffungshaft oder nach ihrer Ausschaffung an den Fluchtort gestorben.

Nicht nur Ausschaffungen an den Fluchtort sind dabei problematisch, sondern insbesondere das Konzept der sogenannten “Sicheren Drittstaaten” setzt Geflüchtete grossen Gefahren aus und toleriert systematische Menschenrechtsverletzungen. Europäische Länder wie die Schweiz stufen eine Liste von Staaten (alle EU-Länder und eine festgelegte Liste von Nicht-EU-Ländern) pauschal als “Sicher” ein und schicken alle Asylsuchenden, welche aus einem dieser “sicheren Drittstaaten” einreisen wollen, ohne Einleitung eines Asylverfahrens dorthin zurück. Durch die pauschale und unsorgfältige Einstufung von Staaten als “sicher”, setzt die Schweiz Asylsuchende grossen Risiken aus, denn auch in demokratischen Ländern werden Menschenrechte verletzt. So wird

zum Beispiel in Griechenland keine Grundversorgung gewährt, es herrschen menschenunwürdige Zustände in Asyl- und Haftzentren und der Zugang zum Asylverfahren fehlt. Auch andere Länder wie Ungarn oder Bulgarien missachten regelmässig die Menschenrechte Geflüchteter oder vernachlässigen ihren Schutzauftrag und werden trotzdem als “sicher” eingestuft.

Die Praktik der pauschal als “sicher” eingestuften Drittstaaten muss sofort beendet werden und wir fordern einen sofortigen generellen Ausschaffungsstopp.

Weitere Informationen zum Thema:

[Triton beenden – Leben retten](#)

[Keine Diskriminierung und keine Kontingente – ohne Kompromisse!](#)

[Nein zur Finanzierung von Pushbacks! Kein Mensch ist illegal](#)

[No Borders – no Nations](#)

[Massnahmenplan Migration](#)

[Unterstützung statt Kriminalisierung der Nothilfe an den Aussengrenzen Europas](#)

D: Für die feministische Wende!

Elementare feministische Forderungen sind eng verbunden mit diversen politischen Sphären und müssen nicht bloss separat betrachtet, sondern in der politischen Analysen intersektional mitgedacht werden. So beleuchtet etwa die feministische Ökonomie nicht nur einzelne vernachlässigte Nebenschauplätze klassischer Wirtschaftstheorien, sondern ermöglicht mit kritischen und feministischen Perspektiven präzisere Analysen von gesamtgesellschaftlich relevanten ökonomischen Fragen. Herrschende Macht- und Gesellschaftsstrukturen, wie der Kapitalismus und das Patriarchat befeuern sich gegenseitig. Das kapitalistische Wirtschaftssystem könnte ohne die unzähligen Stunden an unbezahlter Care-Arbeit, welche zum grössten Teil von weiblich sozialisierten Personen verrichtet wird, nicht funktionieren. Der Kapitalismus vermittelt mittels des Patriarchats, dass Care-Arbeit wie die Betreuung von Kindern, die Pflege von Kranken oder das Zubereiten von Mahlzeiten aus Liebe von FLINTA-Personen geleistet wird und deshalb nicht oder nur schlecht bezahlt werden muss. Das Patriarchat wird wiederum durch den Kapitalismus (z.B. durch Lohndiskriminierung oder Geschlechterrollen, welche die geltenden Machtverhältnisse reproduzieren) verstärkt. Genauso wie der Kapitalismus ist das Patriarchat ein System, das dem Machterhalt einiger weniger auf Kosten der Vielen dient. Diskriminierung, Gewalt und strukturelle Unterdrückung von FLINTA-Personen sind Ausdruck der herrschenden patriarchalen und kapitalistischen Machtstrukturen.

Kapitalismus und Patriarchat müssen deshalb gemeinsam bekämpft werden. Ein intersektionaler Feminismus fordert herrschende patriarchale Machtstrukturen heraus, anerkennt die Existenz von diversen, miteinander verbundener Diskriminierungsformen und bekämpft diese.

Unsere Forderungen zeigen feministische Perspektiven und Handlungsbedarf in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen auf. Mit den folgenden Forderungen und Ausführungen erheben wir keinesfalls einen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern legen einen Fokus auf einige bestehende feministische Handlungsfelder und skizzieren Lösungsansätze in diesen Bereichen. Weiterführende Analysen, Positionen und Forderungen finden sich in den Positionspapieren und Resolutionen der JUSO Schweiz.

Forderung 1: Abtreibungsrechte und körperliche Selbstbestimmung sichern!

Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ist eine der zentralsten feministischen Errungenschaften. Dazu gehören der Zugang zu ergebnisoffener Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Schwangere und die garantierte Option sicherer, selbstbestimmter Schwangerschaftsabbrüche.

In den vergangenen Jahren wurde dieses Recht allerdings verstärkt von rechtskonservativen, fundamentalistischen Kreisen in Frage gestellt und angegriffen. Sowohl im internationalen Raum als auch in der Schweiz gibt es Bestrebungen, Abtreibungsrechte einzuschränken. Wir wehren uns konsequent gegen solche Angriffe. Die JUSO Schweiz wehrt sich konsequent gegen solche Angriffe – Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ist nicht verhandelbar.

Heute sind Abtreibungen in der Schweiz im Strafgesetzbuch geregelt, gelten als rechtswidrig und sind nur unter bestimmten Bedingungen straffrei. Für uns ist klar: Selbstbestimmte Abtreibungen gehören nicht ins Strafgesetzbuch, sondern als verfassungsmässiges Recht garantiert. Wir fordern die Verankerung des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung, insbesondere das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche in der Bundesverfassung.

Weiter ist es zentral, dass der Zugang zu professioneller und neutraler Beratung sowie Leistungen im Bereich der sexuellen Gesundheit sichergestellt und ausgebaut wird. Dafür braucht es eine Erhöhung von finanziellen Mitteln an Fachstellen für sexuelle Gesundheit und offizielle Kriterien für Beratungsstellen, welche eine professionelle, ergebnisoffene Beratung und Unterstützung garantieren.

Forderung 2: Höhere Renten und feministische Altersvorsorge - Volkspension jetzt!

Das Rentensystem ist ein zentraler Teil unseres Sozialstaates und soll ein würdevolles Leben im Alter garantieren. Doch diesem Ziel wird das aktuelle System nicht gerecht. Altersarmut ist für viele Menschen in der Schweiz eine bittere Realität. Davon betroffen sind insbesondere Menschen, die im Niedriglohnsektor gearbeitet haben oder in Teilzeitpensen Lohnarbeit geleistet haben. Frauen machen 2/3 der von Altersarmut betroffenen Personen aus und sind damit überdurchschnittlich stark betroffen. Das hat neben der Lohnungleichheit und unterbezahlten Frauenbranchen primär damit zu tun, dass viele Frauen jahrelang unbezahlte Care-Arbeit geleistet haben. Kindererziehen, Verwandte pflegen, Haushaltsarbeit – diese Arbeit ist wertvoll und zentral für eine funktionierende Gesellschaft. Doch das wird im aktuellen Rentensystem nicht annähernd genügend gewürdigt und das muss sich ändern. Wir fordern eine Stärkung der AHV durch die finanzielle Anerkennung unbezahlter Care Arbeit und die Abschaffung der 2. und 3. Säule, welche die soziale Ungerechtigkeit fördert. Stattdessen soll eine Volkspension eingeführt werden, welche auch unbezahlte Care-Arbeit würdigt und von welcher man im Alter in Würde leben kann.

Forderung 3: Für eine 25-Stunden Woche!

Für einen Grossteil der Bevölkerung bleibt neben der Lohnarbeit kaum Zeit, um diversen anderen Verpflichtungen nachzukommen. Klassische unbezahlte Care-Tätigkeiten wie Kochen, Einkaufen, Putzen, Waschen beanspruchen viel Zeit und gerade Betreuungs- und Erziehungsarbeit ist mit einem Vollzeitpensum kaum vereinbar. Heutige Lohnarbeitsstrukturen, wie etwa die 42-Stundenwoche sind nicht auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet, sondern darauf, dass in einer traditionellen Kleinfamilie praktisch die gesamte Care-Arbeit unbezahlt von der Frau erledigt wird und die Familie vom Lohn des Mannes lebt. Dieses Konzept war und ist für Lohnabhängige ausbeuterisch und gesundheitsschädigend. Schon früher war es für viele Familien nicht möglich, von einem Lohneinkommen zu leben, mit den heutigen Reallöhnen ist das ebenfalls für die wenigsten eine Option und ein Grossteil der Frauen geht ebenfalls einer Lohnarbeit nach. Doch die anstehende Last an Care-Arbeit besteht noch immer- so verstärkt sich die Doppelbelastung aus Lohn- und unbezahlter Care-Arbeit für viele Frauen. Jene, die es sich leisten können, lagern einen Teil der Haushalts- und Betreuungsarbeit aus – meist an andere, weniger privilegierte FLINTA-Personen.

Dieser Missstand ist besonders stossend, in Hinblick auf die Tatsache, dass die Gesellschaft immer produktiver und effizienter ist. Dennoch nimmt die Arbeitslast der arbeitenden Bevölkerung nicht ab. Dabei wäre es heute ohne Probleme möglich, eine Wochenarbeitszeit von 25 Stunden Erwerbsarbeit einzuführen. Dafür müssen aber die Produktivitätsgewinne zum Wohle der gesamten Bevölkerung eingesetzt werden und die Menschen ins Zentrum der Wirtschaft gestellt werden – nicht der Profit einiger Wenigen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der wir Zeit für unsere Liebsten, unser Engagement und uns selbst haben und nicht nur für unsere Arbeitgeber*innen. Die 25-Stunden-Woche bricht mit dem Maximierungszwang und gibt Care-Arbeit den Platz, Stellenwert und die Zeit, die sie verdient. Sie ermöglicht es auch mehr Zeit für Care-Arbeit wie Hausarbeit und Kinderbetreuung zu haben und diese gerechter zu verteilen.

Unterthema 1: Effektive Bekämpfung von sexualisierter Gewalt und Diskriminierung!

Praktisch alle FLINTA-Personen erfahren in ihrem Leben Formen von sexualisierter Gewalt. Dazu gehören unter anderem sexuelle Belästigung, geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Es handelt sich dabei um ein strukturelles Problem, welches auf verschiedenen Ebenen bekämpft werden muss. Neben Präventions- und Bildungsarbeit braucht es auch einen massiven Ausbau von Schutz- Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen aller Geschlechtsidentitäten. Das Angebot an Schutzunterkünften für Personen, welche von häuslicher und patriarchaler Gewalt betroffen sind muss stärker subventioniert und ausgebaut werden. Heute müssen in Frauen- und Schlupfhäusern regelmässig Personen mangels Platz und Ressourcen weggewiesen werden- das ist nicht haltbar und verstösst gegen die Istanbul-Konvention. Wir fordern einen massiven Ausbau an Plätzen und Ressourcen für Schlupfhäuser und Unterstützungsangebote für Betroffene von sexualisierter Gewalt, um kostenfreie, kompetente und schnelle Hilfe zu ermöglichen. Diese Schutzunterkünfte müssen für alle patriarchal unterdrückten Personen zugänglich sein, für Frauen und insbesondere auch für TINA Personen (trans, inter, nonbinäre und agender Personen). TINA Personen haben heute oftmals mangelhafte Unterstützungsmöglichkeiten, welche sie in Anspruch nehmen können – Es muss sichergestellt werden, dass sie fachkompetente Unterstützung erhalten.

Patriarchale Diskriminierungsformen äussern sich in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären, darunter auch im Erwerbsleben. Die Mehrheit der Frauen in der Schweiz erlebt in ihrem Leben sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Trans Personen sind auch am Arbeitsplatz regelmässig Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer

Geschlechtsidentität ausgesetzt, vor welchen sie das geltende Recht und gesellschaftliche Strukturen nicht ausreichend schützen, da die Geschlechtsidentität nicht von der Antidiskriminierungsnorm erfasst ist. Wir fordern Präventionsmassnahmen zur Bekämpfung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und einen konsequenter Diskriminierungsschutz, welcher FLINTA-Personen und insbesondere trans Personen vor Diskriminierung und willkürlicher Kündigung am Arbeitsplatz schützt.

Unterthema 2: Zeitgemässe und inklusive Bildung

Bildung ist eines der effektivsten Mittel für Kinder sowie auch für Erwachsene, sich zu selbstbestimmten, empathischen Menschen zu entwickeln. Sie leistet einen wichtigen Teil präventiver Arbeit, um patriarchale Strukturen abzubauen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, muss Bildung stetig an die Zeit und Lebensrealitäten der Menschen angepasst werden. Wir fordern eine diskriminierungsfreie und allumfassende Aufklärung zu sexueller Gesundheit.

Bildung darf nicht auf das binäre Geschlechtersystem ausgerichtet sein! Der Aufklärungsunterricht soll die Realität der Geschlechtervielfalt aufzeigen. Intergeschlechtlichkeit und trans Identitäten sollen vorurteilsfrei und offen thematisiert werden. Auch soll in der Ausbildung medizinischen Fachpersonals der Fokus auf Binarität aufgehoben werden und Sensibilisierung für Intergeschlechtlichkeit und trans Identitäten stattfinden.

Konsens: Im Aufklärungsunterricht soll Schüler*innen bewusst gemacht werden, dass jede Person das Recht hat seine*ihre eigenen Grenzen zu setzen und, dass sexuelle Handlungen ausschliesslich unter Einwilligung aller beteiligten stattfinden dürfen. Prävention und Thematisierung sexualisierter Gewalt: Um sexualisierte Gewalt zu bekämpfen ist es zentral, die Thematik auf eine sensible und offene Weise zu behandeln. Bildung hat in diesem Bereich ein grosses Präventionspotential. Neben dem Thematisieren von Konsens sollen Schüler*innen und Lernende auch proaktiv über ihre Rechte aufgeklärt und die bestehenden Beratungsangebote informiert werden. Diese Informationen und Unterstützungsangebote sollen auch gesamtgesellschaftlich sichtbar und zugänglich gemacht werden.

Unterthema 3: Diskriminierungsschutz und medizinische Selbstbestimmung

Patriarchale Diskriminierungsstrukturen bestehen auch in der Medizin. Dort zeigt sich

eine Form der Auslegung von Androzentrismus, einer Sichtweise, welche Männer als Norm und Massstab sieht. Weiter ist auch ein patriarchales und binäres Geschlechtersystem vorherrschend. Das führt unter anderem dazu, dass trans Identitäten und Körper pathologisiert werden und ein Gender Data Gap besteht, welcher dazu führt, dass etwa Krankheitssymptome oder Auswirkungen gewisser Medikamente auf Frauen völlig unzureichend erforscht werden. Es braucht eine Ausweitung der medizinischen Forschung im Bereich der Gendermedizin, um diese Wissenslücken zu schliessen. Auch intergeschlechtliche Personen sind in ihrer Selbstbestimmung stark gefährdet. Geschlechtsverändernde Operationen an intergeschlechtlichen Babies werden heute noch unternommen, obwohl dafür in den meisten Fällen keinerlei medizinische Notwendigkeit besteht. Diese Operationen, welche im Säuglings- und Kleinkindalter nicht mit Einverständnis der Betroffenen geschehen können, bringen oftmals schwerwiegende Folgen mit sich. Wir fordern ein Verbot von geschlechtsverändernden Operationen an intergeschlechtlichen Babies sowie fachpersonelle Beratung. Intergeschlechtliche Personen sollen auf eigenen Wunsch hin Zugang zu medizinischen Behandlungen bekommen, welche von der Krankenversicherung vollumfänglich zu übernehmen sind.

Unterthema 4: Lohnungleichheit, nationaler Mindestlohn von 5000.- und verbesserte Arbeitsbedingungen!

Die Lohnungleichheit ist zwar in der Verfassung verankert, aber dennoch zeigen die Zahlen, dass wir in der Realität noch weit davon entfernt sind. FLINTA-Personen verdienen bis heute fast ein Fünftel weniger und pro Erwerbsstunde durchschnittlich 19.5% weniger als Männer. Ein Teil der Faktoren, die zur Lohnungleichheit führen, werden als "erklärbare Faktoren" bezeichnet. Darunter auch berufliche Stellung, Ausbildung und Branche. Doch auch die erklärten Faktoren beruhen auf der historischen Benachteiligung und der ökonomischen Diskriminierung von FLINTA-Personen. Zur historischen Benachteiligung gehört unter anderem, dass Berufe, die traditionell gesehen vor allem von FLINTA-Personen ausgeführt werden, schlechter bezahlt und gewerkschaftlich kaum organisiert sind. Dies erschwert ein Vorgehen gegen die schlechten Arbeitsbedingungen in diesen Berufen und Branchen enorm. Es braucht entsprechend insbesondere in diesen Branchen, wie z.B. in der Pflege, Betreuung und Gastronomie konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Gemäss Bundesamt für Statistik sind rund 2/3 der Arbeitnehmenden im Tieflohnbereich Frauen.¹ Wir fordern die Einführung eines nationalen branchenübergreifenden Mindestlohnes von 5000 Franken. Weiter fordern wir effektive Massnahmen zur Erreichung von Lohnungleichheit, darunter systematische Lohnkontrollen, Lohntransparenz und Lohndiskriminierungskontrollen.

Unterthema 5: Gesellschaftliche Care-Strukturen ausbauen

Care-Arbeit ist Arbeit, die zentral für eine funktionierende Gesellschaft ist. Neben einer Arbeitszeitsreduktion, welche es ermöglicht, mehr Zeit für das Leisten von Care-Arbeit zu investieren, ist es auch notwendig, gesamtgesellschaftliche Care-Strukturen auszubauen und zu stärken. Care-Arbeit muss auch als Teil des Service Public gesehen werden – kostenlose Kinderbetreuungsstrukturen sowie ein ausgebautes Gesundheitswesen entlasten auch Personen, die im privaten Rahmen sehr viel unbezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit leisten. Auch Projekte wie generationenübergreifendes Wohnen können dazu beitragen, dass Care-Strukturen und die zu leistende Arbeit kollektiver organisiert und gerechter verteilt wird. Heute herrschen in Berufen im Care-Sektor, z.B. in der Pflege oder Kinderbetreuung oft prekäre Arbeitsbedingungen. Wir fordern, dass auch der Teil der Care-Arbeit, welcher im formellen Arbeitssektor organisiert ist, wertgeschätzt und angemessen entlohnt wird. Dafür braucht es massive Investitionen in das Gesundheitswesen, Betreuungsstrukturen und die Ausbildung von Fachkräften. Damit Care-Arbeit aufgewertet und sichtbar gemacht wird, muss diese auch in unsere Wirtschaftsdarstellung und -forschung aufgenommen werden. Wir fordern diesbezüglich Lehrstühle und Ressourcen an den Hochschulen sowie die statistische Erfassung von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit und deren Einbindung ins Bruttoinlandprodukt.

Für weitere Informationen:

- [Grundlagenpapier Care-Arbeit](#)
- [Kompromisslose Selbstbestimmung für alle!](#)
- [Keine Rentenreform auf dem Buckel der 99% - in der Schweiz und überall!](#)
- [Nein zur AHV-Reform auf dem Buckel der 99%!](#)
- [Wir verteidigen weiterhin das Recht auf Schwangerschaftsabbruch](#)

[1https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/themen/arbeit/lohngleichheit/grundlagen/zahlen-und-fakten.html](https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/themen/arbeit/lohngleichheit/grundlagen/zahlen-und-fakten.html)

Begründung

Vermeidung von zweimal "was" in kurzen Abständen und Umformulierung des Satzes